

# **Positions Papier**

**Grüne Jugend Augsburg-Stadt**

# Präambel.

Menschen beurteilen die Demokratie nach den Erfahrungen, die sie vor Ort machen. Und Demokratie beginnt vor Ort. Als Grüne Jugend Augsburg-Stadt sehen wir es als unsere Aufgabe, genau hier an der Wurzel anzusetzen und grüne Themen in ihrer ganzen Bandbreite in Augsburg stark zu machen. Dieses Positionspapier ist uns dabei Programm und Anleitung, für welche Werte und Ziele wir einstehen und wie wir nach diesen grünen Ideen Politik und Gesellschaft vor Ort mitgestalten wollen.

# Toleranz.

Jeder Mensch ist einzigartig und in dieser Einzigartigkeit zu tolerieren und zu würdigen. Wir sind überzeugt davon, dass die Vielfalt der Lebensentwürfe unsere Gesellschaft bereichert. Aufgrund dieser Überzeugungen sehen wir es als unsere Pflicht, eben diese Toleranz gegenüber Personen und Personengruppen dort einzufordern, wo sie diesen bisher verwehrt bleibt. Seien es marginalisierte Gruppen wie Geflüchtete, Angehörige z.B. religiöser oder ethnischer Minderheiten, die LGBTQIA+ Community oder Menschen mit Behinderungen. Wir möchten mit unserer politischen Stimme für Toleranz gegenüber diesen und für die konkrete Verbesserung ihrer Lebensumstände eintreten, denn bloße Duldung bei gleichzeitiger struktureller Benachteiligung ist gerade in liberalen Demokratien nicht hinreichend für Toleranz.

Dies wollen wir erreichen, indem wir mit Vertreter\*innen der genannten Gruppen in Dialog treten und uns sowie Interessierte außerhalb der Grünen Jugend durch Fach- und Betroffenen-vorträge weiterbilden. Nur so können wir deren Nöte und politische Forderungen durch unsere Aktionen auf den Straßen Augsburgs, über unsere Social-Media-Kanäle und durch Workshops in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Des Weiteren werden wir durch konkrete Forderungen an die Stadtregierung Druck machen, um gesellschaftspolitische Fortschritte auch vor Ort zu erwirken.

Gleichzeitig gibt es aber auch für uns Grenzen der Toleranz. Politische Haltungen, die Intoleranz zum Wesenskern haben und u.a. Antisemitismus, -ziganismus, Homo- und Queerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit Vorschub leisten, werden nicht toleriert. Wer solche Haltungen prominent in der Öffentlichkeit vertritt, hat mit unserem Widerstand zu rechnen.

Keine Toleranz der Intoleranz!

# Liberalität.

Die Freiheit der und des Einzelnen ist Leitziel liberaler Politik. Wo immer möglich, soll jeder Mensch nach den eigenen Vorstellungen leben dürfen. Wann immer individuelle Freiheit ohne hinreichenden Grund beschnitten wird, wird zugleich das grundlegende Prinzip unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung angegriffen. Und wann immer wir eine solche Bedrohungslage erkennen, werden wir durch Protest darauf aufmerksam machen und über die uns verfügbaren Kanäle darüber aufklären.

Doch wir möchten Freiheit nicht nur als Freiheit von Eingriffen in die persönliche Lebensführung verstehen. Als Sozialliberale sind wir auch der Überzeugung, dass Menschen nicht nur vor unbegründeten Eingriffen geschützt werden müssen, sondern es politische Aufgabe ist, Freiheit zu ermöglichen. Menschen mögen gleich an Würde und Rechten geboren sein. Doch die realen Verwirklichungschancen und damit individuelle Freiheit sind durch soziale, gesellschaftliche und ökonomische Gegebenheiten beschränkt, welche somit durch politische Arbeit zu beseitigen sind. Sorgen wir also in der Gemeinschaft für mehr statt weniger Freiheit! Um dieses Ziel in Reichweite zu bringen, werden wir vor allem durch öffentlichen Druck auf die Bildungspolitik einwirken, um die Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen aller Gesellschaftsschichten, egal welcher Herkunft, Religion oder welchen Geschlechts anzugleichen und zu erhöhen. Wo dies möglich und sinnvoll ist, werden wir für bessere Bedingungen für alle Schüler\*innen, Auszubildenden und Studierenden an den Augsburger Schulen, Berufsschulen und Hochschulen kämpfen. Außerdem werden wir durch die aktive Förderung von mehr politischem Engagement in unserem Kreisverband dafür sorgen, dass mehr Menschen und vor allem ein breiterer Teil unserer Gesellschaft die eigene politische Freiheit wahrnehmen kann. Wir sind der Überzeugung, dass die individuelle Freiheit Aller auf Dauer nur gesichert werden kann, indem allen Bürger\*innen die Partizipation am demokratischen Prozess ermöglicht wird.

# Gerechtigkeit.

Die Welt, in der wir leben, ist nicht gerecht. Immer noch werden Menschen in Armut geboren – ohne eine realistische Chance, sich aus dieser zu befreien. Andere werden aufgrund von rein zufälligen Merkmalen – wie zum Beispiel Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität oder auch Veranlagungen – Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Privilegien wiederum sind in überwältigendem Umfang auf das Glück zurückzuführen, zur richtigen Zeit am richtigen Ort und den richtigen Eltern geboren zu sein. Wer sich das Ideal der Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, darf vor dieser Wirklichkeit der Ungerechtigkeit aber nicht einknicken. Als Demokrat\*in kann man Ungerechtigkeit nicht wollen. Eine Politik, die es sich nicht zur Aufgabe macht, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, schadet der Demokratie. Denn ein demokratisches System, welches unbegründete Ungleichheit duldet, beraubt sich seiner Glaubwürdigkeit und die Menschen wenden sich von diesem ab.

Gerechtigkeit bedeutet für uns also nicht nur Leistungsgerechtigkeit, sondern auch Bedarfsgerechtigkeit. Eine wirklich gerechte Gesellschaft belohnt nicht einfach nur Leistung, sondern wird den Bedürfnissen – gerade auch denen ihrer schwächsten Mitglieder – gerecht. Daraus folgt, dass der Sozialstaat in entsprechendem Maß eingreifen muss, um die natürlichen Ungerechtigkeiten auszugleichen, zum Beispiel durch einen fairen Mindestlohn, menschenwürdige Bedingungen in der Arbeitslosenhilfe, effektiven Schutz vor Diskriminierung im öffentlichen wie privatwirtschaftlichen Sektor, Unterstützung bei der Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft und vieles mehr. Wo wir diese Aufgaben nicht erfüllt sehen, werden wir darauf hinweisen und gemeinsam mit Betroffenen aufklären und gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten demonstrieren. In Augsburg werden wir uns zum Beispiel für Obdachlose einsetzen, damit die Stadt alles unternimmt, um diesen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, statt sie mit Schikanen aller Art aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Ebenso möchten wir für andere ökonomisch und sozial schwache Gruppen Sozialhilfemaßnahmen in Augsburg durchsetzen, sofern sie Sache der Kommune sind, wie etwa kostenlose Dienstleistungen im ÖPNV.

# Solidarität.

Die Freiheit der Einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit der Anderen. Diese zunächst negative Einschränkung anzuerkennen, erlaubt es uns aber, einen Blick für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu gewinnen. Der Verlust eines Teils der individuellen Freiheit macht Solidarität erst möglich, wodurch wir doch mehr gewonnen als verloren haben. Dank dieses Freiheits- und Solidaritätsverständnisses können wir Politik machen, die sich zwar am Gemeinwohl orientiert, aber das Individuum stets mit im Blick hat. Eben diesem folgt auch unser Verständnis von gutem Wirtschaften. Bloße Gewinnmaximierung ist kein Selbstzweck und ein effizienter Markt nicht das gleiche wie eine gerechte Gesellschaft oder Solidargemeinschaft. Die Härten des freien Marktes müssen ausgeglichen werden, damit er nicht nur Gewinner\*innen und Verlierer\*innen produziert, sondern die positiven Auswirkungen allen zugutekommen. Wo grüne Politik auf internationaler, europäischer und auf Bundes- und Länder-Ebene Ordnungspolitik betreiben kann - um das Gemeinwohl und damit Solidarität zu fördern - können wir unseren Teil dazu beitragen, indem wir das Thema in Augsburg vertreten und uns für ein solidarisches Leben in der Gemeinschaft stark machen. Das bedeutet vor allem, dass wir durch Workshops, Vorträge und unsere öffentliche Kommunikation informieren. Dabei müssen durch Gespräche mit Vertreter\*innen von Gewerkschaften und insbesondere Menschen aus sozialen und gesundheitlichen Berufen – die nicht nur unsere öffentlichen Solidaritätsbekundungen, sondern auch mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen verdienen – alle Perspektiven Gehör finden. Weiterführend leisten wir Protest gegen die Missstände in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und für die Anliegen derer, die unserer Solidarität bedürfen - zum Wohl aller. Die Solidargemeinschaft erstreckt sich für uns dabei nicht nur bis zu den Grenzen der Bundesrepublik oder der Europäischen Union, sondern umfasst alle Menschen. Eine in diesem geopolitischen Sinn unsolidarische Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sicherheits- und Klimapolitik wird von uns nicht akzeptiert. Den hierdurch Betroffenen gehört unsere uneingeschränkte Solidarität, gerade dann, wenn sie sich auf der Flucht befinden und unserer Hilfe bedürfen.

# Demokratie.

Alle Macht geht vom Volk aus. Doch muss dieses Volk auch aus überzeugten Demokrat\*innen bestehen, um unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, zu der wir uns bekennen, mit Leben zu füllen. Zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen – so finden wir gemeinsam Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit. Die Voraussetzungen, um unsere demokratischen Institutionen am Leben zu halten, werden im Kleinen, an der Basis geschaffen, weshalb es auch unsere Aufgabe ist, Demokratie in unserem Kreisverband und in der Kommune zu leben und zu fördern. Hierfür gilt es auch, neue Formen der Beteiligung am demokratischen Prozess zu etablieren, sodass Politik mit dem Alltag der Bürger\*innen vereinbar ist und in diesem Platz findet. In einer Demokratie sollten nicht nur ohnehin privilegierte Menschen repräsentiert werden, sondern gerade auch diejenigen, die im öffentlichen Diskurs sonst unterrepräsentiert sind. Wir sind deshalb der Überzeugung, dass direkte Beteiligungsmöglichkeiten die Demokratie bereichern und die Repräsentanz stärken. Neben der Förderung von politischem Engagement in unserem Kreisverband möchten wir deshalb auch Bürger\*innenbeteiligung bei Entscheidungen in der Kommune stärken und mit z.B. Vorträgen, Workshops und Kundgebungen über kommunalpolitische Themen informieren und Menschen dazu motivieren, sich vor Ort einzubringen und somit die Demokratie zu stärken. Gerade als Jugendverband sind wir zudem Repräsentant\*innen unserer Generation. In unserer repräsentativen Demokratie sind deren Interessen strukturell unterrepräsentiert und der demografische Wandel verstärkt dies noch zusätzlich. Wenn wir uns also nicht darauf verlassen können, dass unsere Sorgen und Nöte im demokratischen Prozess die ihnen zustehende Aufmerksamkeit bekommen, dann müssen wir uns selbst repräsentieren und Verantwortung übernehmen, wo andere nicht dazu bereit oder in der Lage sind. Hierfür werden wir auch mit anderen (politischen) Jugendorganisationen kooperieren, und - wo immer sinnvoll - mit gemeinsamer politischer Stimme sprechen, um Zukunftsthemen voranzubringen.

# Gewaltfreiheit.

Wer sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt, muss sich auch zu Gewaltfreiheit bekennen. Politische Macht kann in einer Demokratie nur aus einem Prozess von Kommunikation und Kooperation legitimiert werden, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Gewalt ist nicht konstruktiv. Gewalt entmenschlicht ihre Opfer. Gewalt ist keine legitime Form der Machtausübung. Aus diesem Grund lehnen wir jede Form von Gewalt ab und verschreiben uns in unserer politischen Arbeit, unabhängig der Ziele, der Gewaltfreiheit. Dies umfasst natürlicherweise die Gewalt gegen andere Menschen - ob körperlich oder sprachlich - aber auch gegen Sachen, deren Beschädigung oder Zerstörung Menschen die Lebensgrundlage entziehen könnte. Um diesem Ideal entsprechen zu können, müssen wir immer auch zuerst bei uns ansetzen, d.h. wir sollten uns zunächst darüber vergewissern, nicht selbst in illegitimer Weise Macht auszuüben durch zum Beispiel gewaltvolle Sprache. Wenn wir konstruktiv bleiben wollen, dürfen wir unsere Sprache und somit unsere Macht nicht dazu missbrauchen, Menschen und Ideen vom politischen Diskurs auszuschließen, sofern sie nicht selbst Gewalt ausüben. Auch für Kundgebungen, Demonstrationen und alle sonstigen Veranstaltungen anderer Organisationen gilt, wir werden uns nur unter der Bedingung der Gewaltfreiheit daran beteiligen. Wo Macht missbraucht und staatliche Gewalt ausgeübt wird, werden wir darauf aufmerksam machen, sei es auf den Straßen Augsburgs, an den europäischen Außengrenzen oder überall sonst in der Welt. Innerhalb bestimmter Grenzen muss staatliche Macht aber natürlich möglich sein. Wenn diese demokratisch legitimiert ist und zum Schutz der Demokratie und unter Wahrung der Grund- und Menschenrechte der Betroffenen ausgeübt wird, ist in diesen Fällen – und nur in diesen – auch die Legitimation für polizeiliche und militärische Machtausübung gegeben. Aber diese Grenzen werden oft allzu leichtfertig überschritten. Wir haben die Aufgabe, hierüber auf unseren Kanälen aufzuklären, Widerstand gegen den allgegenwärtigen Machtmissbrauch zu formieren, in Zusammenarbeit mit zum Beispiel Betroffenen von Polizeigewalt in Augsburg, sowie die militärische Rolle Deutschlands in der Welt kritisch zu hinterfragen.

# Ökologie.

Eine intakte Umwelt ist unser aller Lebensgrundlage. Ein Leben in Freiheit ist nur so lange möglich, wie die Natur uns gegenüber nicht lebensfeindlich wird. Die Grundsätze und Ziele, zu denen wir uns bekennen, sind durch die sich verschärfenden ökologischen Krisen gefährdet. Diese Erkenntnis und dem gemäß alles Mögliche und Nötige zu tun, um die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu verhindern, ist Teil unserer politischen DNA.

Deshalb bekennen wir uns zum Pariser Klimaabkommen und dem 1,5°-Ziel, hinter welches wir politisch nicht zurückfallen dürfen. Als Grüne Jugend werden wir nicht lockerlassen, bis wir globale Klimagerechtigkeit durchgesetzt haben und damit der unseren sowie nachfolgenden Generationen ein Leben in Sicherheit, Frieden und Wohlstand ermöglichen.

Wir solidarisieren uns mit der globalen Klimabewegung, den Umweltschutzorganisationen und -aktivist\*innen. Um unsere gemeinsamen Ziele durchzusetzen, treten wir mit den Organisationen vor Ort in Dialog, planen gemeinsame Workshops und Proteste, koordinieren uns in unseren Forderungen an die Stadtregierung und tun alles dafür, dass Augsburg seinen Teil dazu beiträgt, eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Auch werden wir unsere Kanäle dafür nutzen, über das Thema Ökologie zu informieren und uns zu kommunal- und bundespolitischen sowie internationalen Entwicklungen im Kampf gegen die Klimakrise zu positionieren.

Gute Umweltpolitik sorgt aber auch vor Ort für eine lebenswertere Stadt. Deshalb unterstützen wir unter anderem Projekte und Initiativen zum Erhalt von Grünflächen oder dem Entsiegeln von Böden, für weniger Individualverkehr und Luftverschmutzung sowie klima- und umweltfreundlicher Ernährung in öffentlichen Einrichtungen oder stoßen diese selbst durch Anträge an die Stadtregierung an.